



Anfrage zur Ortsbeiratssitzung am 23. März 2022

Informationspolitik und Mediale Strategie

In der überwiegend unvollständigen Antwort auf Anfrage 0349/2021 („Mieterparkplatz zwischen Schiller- und Ballplatz“) hat Beigeordnete Grosse am 10. März 2021 immerhin geantwortet: „Eine Berichterstattung zur Flächenbilanz, zur geplanten Gestaltung der angefragten Fläche und auch zur Stellplatzbilanz wird nach Abschluss der Verhandlungen mit der Vorhabenträgerin erfolgen.“ In den darauffolgenden Monaten führten wiederholte Fragen von Mandatstragenden bei der Verwaltung über den Verlauf der Verhandlungen über den städtebaulichen Vertrag und zu den Bedingungen, zu denen eine öffentliche Nutzung oder gar Besitz des Parkplatzes zwischen Ballplatz und Weißliliengasse erfolgen könnte, zu keinen verwertbaren Ergebnissen. Auch die nichtöffentliche Vorlage, die am 10. November 2021 im Ortsbeirat beraten wurde, enthielt keinerlei Bezug zu dieser Fläche.

Dennoch war am 15. Januar 2022 in einer lokalen Tageszeitung zu lesen: „Dass der Öffentlichkeit 300 Quadratmeter ‚verloren‘ gehen, stimme zudem nicht. Schließlich erhalte die Stadt im Gegenzug Flächen hinter dem sogenannten ‚Foto Oehling‘-Komplex, zwischen Ballplatz und Schillerstraße. [... Das] habe man [...] in einem weiteren Verfahren geregelt, erklärt Tim Gemünden. Mengenmäßig genau die Fläche, die an der Lu [...] an öffentlichem Raum verschwinde, werde der Stadt dort wieder zurück gegeben.“

In der Antwort auf Anfrage 0084/2022, die vom 31. Januar 2022 datiert, wurden die Fragen größtenteils umgangen, nicht oder nur sehr pauschal beantwortet, oder es wurde auf Vorlagen hingewiesen, die den Gegenstand der Frage nicht erwähnten.

Wir fragen daher die Ortsverwaltung:

1) Stimmt die Information, die im Zeitungsartikel zu lesen war? Falls nein (oder nur teilweise), wie bewertet die städtische Pressestelle, dass die Öffentlichkeit irreführend (insbesondere darüber, dass laufende Verhandlungen mit ungewissem Ausgang im Artikel als beschlossene Sache dargestellt werden) informiert wird? Falls ja, warum werden städtische Gremienmitglieder nicht durch die Stadt über diese Vorgänge informiert, damit sie den Wahrheitsgehalt unabhängig und neutral überprüfen können?

2) In welchem „weiteren Verfahren“ wurde der Übergang der Parkplatzfläche an die Stadt geregelt, und **wann** wurde dies geregelt? Wann wird dieses Verfahren den Gremienmitgliedern zur Kenntnis gegeben (vor oder nach der medialen Verbreitung)?

3) Warum wurde das Grundstücksgeschäft, das Gegenstand der Vorlage vom 10. November 2021 war, abgekoppelt von den weiteren Grundstücksgeschäften, die Gegenstand der Verhandlungen zur Parkplatzfläche waren? Sind die Verhandlungen zur



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
im Ortsbeirat
Mainz-Altstadt

Parkplatzfläche zwischenzeitlich abgeschlossen? Falls ja, warum wurden die Gremien nicht über den Abschluss der Verhandlungen informiert? Falls nein, warum widerspricht die Stadt der medialen Darstellung durch Herrn Gemünden nicht?

4) Zu welchem Bodenrichtwert erfolgt der Grundstücksübergang von dem Herr Gemünden im Artikel vom 15. Januar spricht? Wenn die Parteien über den Bodenrichtwert noch nicht einig sind, warum stellt die Verwaltung dies in der Öffentlichkeit nicht klar?

5) Welche Rettungswege, mit welchem Flächenbedarf, müssen auf der Rückseite des angrenzenden Gebäudes verortet werden?

6) Für die Öffentlichkeit ist es verwirrend und schwer nachvollziehbar, wenn in den städtischen Stellungnahmen zur nichtöffentlichen Vorlage von November 2021 von einem Grundstückstausch gesprochen wird, und nicht von einem Nettoflächenverlust? Warum wählt die städtische Pressestelle solche missverständlichen Formulierungen? Inwieweit ist die Fehlinterpretation durch die Öffentlichkeit, dass es sich bei der Tauschfläche um die Parkplatzfläche handeln könnte, oder dass der Tausch 1:1 aufgehen könnte, als Teil der medialen Strategie der Stadt gewollt?

7) Die städtische Stellungnahme zum Vorgang vom November 2021 betont ausdrücklich, dass der Ortsbeirat hierzu angehört wurde. Inwieweit wurde das Ergebnis der Anhörung des Ortsbeirats (eine einstimmige Ablehnung!) von den folgenden Gremien berücksichtigt? Wie wurde das Ergebnis der Anhörung in der Stadtratssitzung am 24. November den Ratsmitgliedern durch die Sitzungsleitung kommuniziert? Was hat die städtische Pressestelle mit der ausdrücklichen Erwähnung der Anhörung im Ortsbeirat ohne Erwähnung des Ergebnisses bezweckt?

Renate Ammann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN